

Anhaltende Dynamik der konjunkturellen Entwicklung in Deutschland

Die Entwicklung der deutschen Wirtschaft scheint auf einem breiteren Fundament zu stehen als von vielen Konjunkturbeobachtern noch vor kurzem für möglich gehalten wurde. Entsprechend positiv fallen die Prognosen der Konjunkturexperten für die nächste Zeit aus. Mit Veränderungsrate des Bruttoinlandsprodukts, die sowohl in diesem als auch im nächsten Jahr über der Wachstumsrate des Produktionspotenzials liegen dürften, könnte der Aufschwung weiterhin helfen, die Situation auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern und zu einer Konsolidierung der öffentlichen Haushalte beizutragen.

Die Einschätzungen der professionellen Konjunkturprognostiker über die Höhe der Expansionsrate des Bruttoinlandsprodukts (BIP) werden zunehmend optimistischer. Im Median der Prognosen ist mit 2,5 v.H. zu rechnen, während der höchste und der niedrigste Wert 3,2 v.H. und 2,2 v.H. betragen

unserer letzten Prognoseübersicht vom März 2007 sind beachtliche Revisionen der Einschätzungen festzustellen. Der Median der BIP-Prognose für das Jahr 2007 hat im Vergleich zum letzten Quartal um 0,7 Prozentpunkte zugenommen und für das Jahr 2008 um 0,1 Prozentpunkte.

sind von einem Aufwärtstrend gekennzeichnet. Auch die Ergebnisse von Befragungen wichtiger Marktakteure, wie sie beispielsweise das ZEW monatlich unter Finanzexperten aus Banken, Versicherungen und großen Industrieunternehmen durchführt, signalisieren, dass sich das Vertrauen in die Stabilität des deutschen Aufschwungs festigt. Die ZEW-Konjunkturerwartungen sind im Mai abermals gestiegen und der entsprechende Indikator liegt nun bei 24,0 Punkten nach 16,5 Punkten im April. Der Indikator liegt damit zwar weiterhin unter seinem historischen Mittelwert von 33,0 Punkten, es ist jedoch schon der sechste Anstieg in Folge.

Spektrum der BIP-Prognosen von Instituten und Banken



(s. Grafik). Für das Jahr 2008 rechnen die Experten nun im Median mit 2,3 v.H. Am optimistischsten ist die Prognose des Instituts für Weltwirtschaft (IfW) mit einem Wert von 2,7 v.H.; am pessimistischsten ist die Commerzbank, die von einer Veränderungsrate von 2,0 v.H. im nächsten Jahr ausgeht. Im Vergleich zu

Eine sehr solide Zwei vor dem Komma der gesamtwirtschaftlichen Veränderungsrate sollte auf absehbare Zeit also wieder ein Merkmal der deutschen Wirtschaft sein.

Nicht nur die Punktprognosen der großen Institute und Banken zu zentralen gesamtwirtschaftlichen Kenngrößen

Erwerbstätigkeit nimmt beschleunigt zu

Der wirtschaftliche Aufschwung ist am Arbeitsmarkt angekommen. Im ersten Quartal 2007 ist die Zahl der Erwerbstätigen um über eine halbe

IN DIESER AUSGABE

- Anhaltende Dynamik der konjunkturellen Entwicklung in Deutschland 1
- Die voraussichtliche Lage in der EWU ... 3
- ZEW-Finanzmarkttest: Ergebnisse der Maiumfrage 2007 4
- Dienstleister der Informationsgesellschaft: Unternehmen bewerten konjunkturelle Lage weiterhin positiv 5
- Zusammenhang zwischen „Sozialstaatsmoral“ und dem Wachstum des Wohlfahrtsstaats 6
- Alternative statistische Konzepte zur Erfassung der Arbeitslosigkeit 8
- Was zahlt Europa für den Klimaschutz? . 10
- Der erweiterte Euroraum: Slowenien ... 12

Million im Vergleich zum Vorjahresquartal gestiegen. Im Vergleich zum letzten Quartal des Jahres 2006 betrug die Zunahme saisonbereinigt 0,4 v.H. Die Erwerbstätigkeit steigt nunmehr seit drei Quartalen in Folge und der Anstieg hat aktuell sogar noch an Tempo gewonnen. Die milde Witterung zu Jahresbeginn hat zwar auch ihren Beitrag zu dieser Entwicklung geleistet. Allerdings kamen die wesentlichen Impulse von der guten konjunkturellen Verfassung der deutschen Wirtschaft zum Jahresauftakt.

Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung steigt weiter

Vor allem die weiterhin robuste Zunahme der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung ist ein Beleg für die Nachhaltigkeit, mit der die Beschäftigungssituation beurteilt werden kann. Für das laufende und das nächste Jahr dürfte die positive Tendenz am Arbeitsmarkt anhalten. Eine Reduktion der auf der Registrationsmethode beruhenden amtlichen Arbeitslosenquote (vgl. hierzu auch den Beitrag auf Seite 8-9) im Prognosezeitraum auf 8 v.H. oder sogar darunter wird von der Mehrheit der Prognostiker für wahrscheinlich erachtet (siehe Tabelle).

Inländische Nachfrage und Außenhandel

Trotz der Mehrwertsteuererhöhung zu Beginn des Jahres, die zu einem kurzfristigen Rückgang des privaten Konsums geführt hat, sollten die Konsumenttätigkeit und die Investitionen ihre positive Entwicklung aus dem letzten Jahr fortsetzen. In Analogie zur Konsumententwicklung Ende 2006 im Zusammenhang mit der Mehrwertsteuererhöhung wird erwartet, dass das Auslaufen der degressiven Abschreibungsregel im Zuge der Unternehmenssteuerreform Vorzieheffekte bei den Investitionen generiert, die sich entsprechend negativ zu Beginn des Jahres 2008 auswirken könnten. Die Experten erwarten außerdem einen leichten Rückgang der Veränderungsrate von Ex- und Importen im Jahr 2007 und nochmals im Jahr 2008. Diese Einschätzung weist auf einen immer noch erheblichen Impuls des Außenbeitrags hin, auch wenn die Konjunktur mittlerweile stark von der Binnennachfrage getragen wird.

Staatsfinanzen

Das Defizitverfahren gegen Deutschland im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakts ist durch die EU-Kom-

mission eingestellt worden. Dies geschah aufgrund der Zahlen für das Jahr 2006, die für das Staatsdefizit mit 1,7 v.H. erstmals wieder einen Wert unter der Grenze von 3 v.H. aufweisen. Auch für 2007 und 2008 erwarten die Prognostiker einen weiteren Rückgang des Defizits. Diese Entwicklung hat auch zu einem Optimismus für die längere Frist beigetragen. So erwartet der deutsche Finanzminister für das Jahr 2011 keine Neuverschuldung des Bundes mehr, sodass dann mit einem Abbau der Staatsverschuldung begonnen werden kann. Insbesondere die positive Entwicklung vor allem der Einnahmenseite, trotz der erwarteten Mindereinnahmen durch die Unternehmenssteuerreform, ermöglicht diesen Schuldenabbau. Auch wird nach Angaben der EU-Kommission das strukturelle Defizit, welches Einmal- und konjunkturbedingte Ausgaben aus dem laufenden Defizit herausrechnet, von 2006 auf 2007 zurückgehen. Ein weiterer Rückgang des strukturellen Defizits ist für das Jahr 2008 jedoch nicht zu erwarten. Der voraussichtlich geringere negative Finanzierungssaldo im kommenden Jahr ist dann allein auf die gute konjunkturelle Entwicklung zurückzuführen.

Marcus Kappler, kappler@zew.de
Dr. Katrin Ullrich, ullrich@zew.de

Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland 2006, 2007 und 2008

	Statist. BA	GD			IfW		IMK		IW		Commerzbank		DEKA	
	2006	2007	2008	2007	2008	2007	2008	2007	2008	2007	2008	2007	2008	
BIP, real	2,8	2,4	2,4	3,2	2,7	2,2	2,1	2,5	2,2	2,7	2,0	2,5	2,4	
Privater Konsum	0,8	0,9	2,1	0,6	2,5	0,6	1,0	0,9	1,2	0,8	2,1	-0,0	1,9	
Konsumausgaben des Staates	1,5	1,1	1,3	1,3	1,6	0,6	0,8	1,2	1,0	2,0	1,3	2,4	0,4	
Bruttoanlageinvestitionen	5,6	4,3	4,3	9,3	5,0	4,6	2,6	4,5	3,9	4,9	1,7	7,1	3,7	
Exporte	13,0	8,4	8,1	7,9	6,8	7,5	6,0	9,0	7,5	9,9	9,0	8,0	8,0	
Importe	11,6	7,5	8,4	9,0	7,8	6,3	5,0	8,5	7,0	10,4	9,7	8,3	7,8	
Erwerbstätige (in Tsd.)	39.090	39.559	39.831	39.633	40.332	39.520	39.915	39.610	39.970	39.600	39.900	39.558	39.840	
Veränderungen	0,7	1,2	0,7	1,4	1,8	1,1	1,0	1,3	0,9	1,3	0,8	1,2	0,7	
Arbeitslose (in Tsd.)	4.487	3.767	3.465	3.744	3.049	3.773	3.379	3.850	3.650	3.740	3.360	3.852	3.770	
Arbeitslosenquote	10,3* 10,8#	8,7* 9,1#	8,0* 8,4#	8,8#	7,2#	8,7*	7,8*	8,9#	8,3#	9,0#	8,1#	9,2#	9,0#	
Preisindex der Lebenshaltung	1,7	1,8	1,8	1,9	1,9	1,6	1,4	1,7	1,5	1,6	1,1	2,0	1,4	
Finanzierungssaldo des Staates in v.H. des BIP	-1,7	-0,6	0,0	0,0	0,1	-0,9	-0,4	-0,9	-0,6	-0,4	-0,7	-	-	

Mit Ausnahme der Arbeitslosenquote und der Anzahl der Erwerbstätigen und der Arbeitslosen alle Angaben als Veränderung in v.H. gegenüber dem Vorjahr. # Arbeitslosenquote gemessen an allen zivilen Erwerbspersonen. * Arbeitslosenquote gemessen an den inländischen Erwerbspersonen (Erwerbstätige Inländer plus Erwerbslose)

Quellen: GD 17. April 2007, IfW 13. Juni 2007, IMK April 2007, IW Mai 2007, Commerzbank 30. Mai 2007, DEKA 25. Mai 2007

Stand: 15. Juni 2007

Die voraussichtliche Lage in der EWU

Die Konjunktur im Euroraum startete mit hoher Dynamik in das Jahr 2007, auch wenn im ersten Quartal nicht ganz die positiven Werte von Ende vergangenen Jahres erreicht werden konnten. Das europäische Statistikamt Eurostat weist in seiner ersten Schätzung eine Quartalsveränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 0,6 v.H. aus, nach 0,9 v.H. im Schlussquartal 2006. Diese Abnahme wird von den Konjunkturexperten jedoch nicht als Indiz für eine bevorstehende konjunkturelle Abkühlung gewertet, da sie größtenteils von der schwächeren Entwicklung in Deutschland auf Grund der Mehrwertsteuererhöhung sowie einem Einbruch in Italien verursacht wurde, wo es zu einer statistischen Gegenreaktion auf den hohen Anstieg im Vorquartal kam. In den übrigen Mitgliedstaaten wurden hingegen Veränderungsrate im Bereich des Vorquartals oder sogar darüber ausgewiesen.

Ein Blick auf die Komponenten des BIP zeigt, dass neben dem Staatskonsum ausschließlich die Unternehmensinvestitionen einen positiven Beitrag zum Anstieg des BIP im ersten Quartal

2007 geleistet haben. Negativ wirkten sich dagegen der Außenhandel sowie der private Konsum aus. Jedoch sind die Konjunkturbeobachter zuversichtlich, dass der private Konsum im weiteren Jahresverlauf wieder zu einer Stütze der konjunkturellen Erholung werden wird. Grund zur Hoffnung geben dafür neben der positiven Entwicklung am Arbeitsmarkt auch die Stimmungsindikatoren der Europäischen Kommission, wobei der Teilindikator für das Konsumklima im Mai auf den höchsten Wert seit 2001 kletterte. Der hohe Wert für den Teilindikator „Unternehmervertrauen“ deutet zudem auf eine weiterhin rege Investitionstätigkeit der Unternehmen hin. Er lag im vergangenen Monat nur knapp unter seinem Allzeithoch vom April dieses Jahres. Das lässt die Experten für das Jahr 2007 mit einer Jahresveränderungsrate des BIP im Bereich von 2,5 v.H. rechnen. Erst für das Jahr 2008 wird mit einer leichten Abkühlung der Konjunktur gerechnet, wenn belastende Faktoren wie der starke Euro und die restriktiver werdende Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) ihre Wirkung stärker entfalten werden.

Risiken für den privaten Konsum werden in einigen Mitgliedstaaten, insbesondere Spanien und Frankreich, auch auf Grund einer Abkühlung an den Immobilienmärkten gesehen.

Die Jahresveränderungsrate des harmonisierten Preisindizes für die Eurozone verharrte im Mai wie im Vormonat bei 1,9 v.H. und lag damit im neunten Monat in Folge unterhalb des Ziels der Preisstabilität der EZB von unter, aber nahe 2,0 v.H. Jedoch werden inzwischen wieder deutliche Risiken für einen Anstieg gesehen. Preis treibend wirken dürften insbesondere die Rohölpreise, die seit Jahresbeginn wieder um über 30 v.H. zugelegt haben, sowie die dynamische konjunkturelle Entwicklung und das immer noch hohe Geldmengenwachstum. Zudem läuft ab Mitte des Jahres der dämpfende Basiseffekt aus, der durch den Rückgang der Ölpreise im Vorjahr entstanden ist. Dies lässt die Experten ab Sommer wieder mit Werten oberhalb von 2,0 v.H. rechnen, sowie für das Gesamtjahr 2008 mit einer Inflationsrate oberhalb des EZB-Ziels.

Steffen Osterloh, osterloh@zew.de

	EWU		Italien		Spanien		Belgien		Österreich		Irland	
	2007	2008	2007	2008	2007	2008	2007	2008	2007	2008	2007	2008
BIP, real	2,5	2,4	1,9	1,8	3,5	3,0	2,2	–	3,0	2,4	5,4	3,9
Privater Verbrauch	1,7	2,0	1,6	1,6	3,3	2,7	2,2	–	2,2	2,0	7,8	4,5
Investitionen	4,4	3,5	3,0	3,0	5,2	4,4	4,7	–	5,5	3,4	5,0	3,9
Exporte	6,1	5,1	4,9	4,2	4,8	4,0	3,9	–	8,3	7,0	5,6	5,2
Importe	5,8	5,1	3,9	4,4	5,9	4,7	4,0	–	8,5	6,5	7,0	5,7
Verbraucherpreise	1,9	2,0	1,7	1,9	2,2	2,4	1,7	–	1,7	1,8	4,6	2,6
Arbeitslosenquote	7,1	6,7	6,3	6,0	8,2	8,1	7,4	7,1	5,3	5,3	4,3	4,3
Beschäftigung	1,5	1,2	1,6	0,9	3,4	2,6	1,1	0,9	0,9	0,7	3,4	2,4
	Niederlande		Frankreich		Finnland		Portugal		Griechenland		GB (nachrichtlich)	
	2007	2008	2007	2008	2007	2008	2007	2008	2007	2008	2007	2008
BIP, real	2,75	2,75	1,8	1,8	2,7	2,8	1,7	2,0	4,2	3,8	2,7	2,6
Privater Verbrauch	2,5	2,25	2,1	1,9	2,7	2,4	1,5	1,8	2,8	3,0	2,7	2,0
Investitionen	4,5	6,0	3,8	2,1	3,0	6,4	0,8	1,6	8,7	5,2	6,7	3,7
Exporte	6,75	8,0	3,1	5,3	4,4	5,4	7,1	7,0	7,5	5,2	-5,4	5,8
Importe	7,0	7,5	3,9	5,5	4,1	6,6	4,5	4,8	7,2	3,9	-3,2	5,6
Verbraucherpreise	1,25	1,25	1,3	1,4	1,8	1,8	2,3	2,5	2,8	2,7	2,6	2,1
Arbeitslosenquote	3,7	2,8	8,4	8,0	7,0	6,8	7,6	7,1	8,1	7,9	5,5	5,5
Beschäftigung	1,4	1,2	0,9	0,9	1,4	0,4	0,7	1,0	1,6	1,4	1,0	1,1

Quellen: Alle: Arbeitslosenquote und Beschäftigung: OECD, Paris. EWU: Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2007. Österreich: Wifo, Wien. Spanien: BBVA, Bilbao. Belgien: IRES, Louvain-la-Neuve. Niederlande: CPB, Den Haag. Finnland: ETLA, Helsinki. Frankreich: COE-Rexecode, Paris. Irland: ESRI, Dublin. Italien: ISAE, Rom. Portugal: Banco Espírito Santo, Lissabon. Griechenland: National Bank of Greece, Athen. GB: NIESR, London.

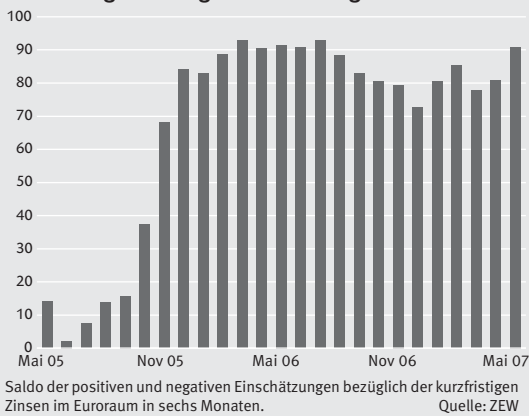
Stand: 4. Juni 2007

Ergebnisse der Maiumfrage 2007

Im ZEW-Finanzmarkttest werden jeden Monat ca. 350 Finanzexperten aus Banken, Versicherungen und großen Industrieunternehmen nach ihren Einschätzungen und Erwartungen bezüglich wichtiger interna-

tionaler Finanzmarktdaten befragt. Die gesamten Ergebnisse der Umfrage vom 30.04.07 – 21.05.07 wurden im aktuellen ZEW Finanzmarktreport (Redaktionsschluss 25.05.07) veröffentlicht.

Erwartungen bezüglich kurzfristiger Zinsen

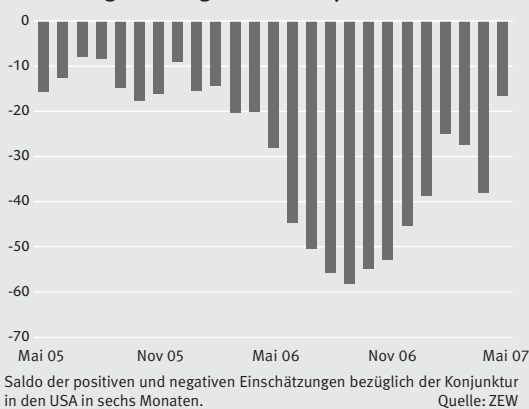


EZB: Zinserhöhung im Juni

Die Zinserhöhungserwartungen der Finanzmarktexperten steigen im Mai um 10,2 auf 90,9 Punkte. Dies ist eine recht eindeutige Erwartungshaltung, die wesentlich auf die Kommunikation der EZB zurückzuführen ist. Die Zentralbank hatte Anfang Mai ihre hohe Wachsamkeit in Bezug auf die Preisrisiken betont. Diese Wortwahl signalisiert üblicherweise eine Zinserhöhung im Folgemonat. In der Tat hat die EZB die Leitzinsen im Juni auf 4 v.H. erhöht. Wichtige wirtschaftliche Daten sprechen für diesen Zinsschritt – so hat sich das Bruttoinlandsprodukt in der Eurozone im ersten Quartal dieses Jahres gut entwickelt und auch künftig wird ein robustes Wachstum erwartet. Risiken für die Preisstabilität sind derzeit durch die reichlich vorhandene Liquidität in der gesamten Eurozone und den gestiegenen Ölpreis gegeben.

Sandra Schmidt, s.schmidt@zew.de

Erwartungen bezüglich der Konjunktur

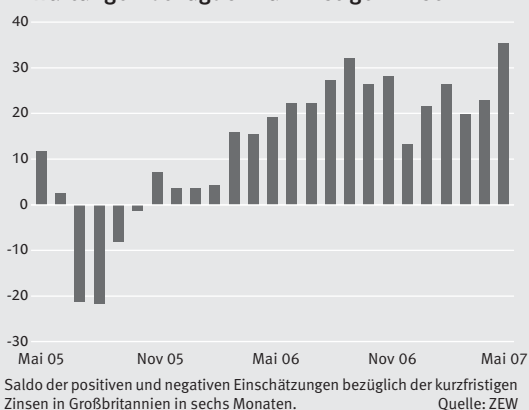


USA: Konjunkturerholung erwartet

Die Erwartungen der Experten für die Konjunktur in den USA sind auf Sicht von sechs Monaten wieder gestiegen. Aktuell hingegen schwächt die US-Konjunktur. Auslöser hierfür sind geringere Ausgaben des Bundes sowie zunehmende Importe. Auch der Verbrauch hat zuletzt weniger stark zugelegt als in den Vormonaten. Der Anstieg der Erwartungen deutet allerdings auf eine Besserung in den nächsten Monaten hin. Die Bedingungen hierfür sind gegeben. Der Dollar notiert weiterhin sehr niedrig und erhöht die Wettbewerbsfähigkeit der Exportunternehmen. Auch der Konsum entwickelt sich trotz der letzten Rückschläge weiter robust. Ein Grund hierfür sind sprudelnde Aktienmarktgewinne und die gute Arbeitsmarktlage. Darüber hinaus eröffnet die sich abschwächende Konjunktur der Fed die Möglichkeit die Zinsen wieder zu senken.

Matthias Köhler, koehler@zew.de

Erwartungen bezüglich kurzfristiger Zinsen



Großbritannien: Warten auf die Bank of England

Die Experten rechnen mit weiteren Zinsanhebungen durch die britische Notenbank. Auslöser hierfür ist der letzte Inflationsausweis. Entgegen den Erwartungen ist die Inflationsrate überraschend stark gestiegen und hat die Drei-Prozent-Marke überschritten. Bei Überschreiten dieser Marke ist der Notenbankgouverneur verpflichtet, dem Schatzkanzler einen Brief zu schreiben, in dem er die Zielverfehlung erläutert. Zuletzt hatte die Bank of England im Mai die Zinsen erhöht. Da die Konjunktur weiterhin gut läuft, scheint eine weitere Zinsanhebung vorprogrammiert. Der anhaltende Inflationsdruck kommt auch in den Inflationserwartungen der Experten zum Ausdruck, die deutlich zugenommen haben. Insgesamt rechnet wieder mehr als ein Viertel aller Experten mit steigenden Preisen in den nächsten sechs Monaten.

Matthias Köhler, koehler@zew.de

DIENSTLEISTER DER INFORMATIONSGESELLSCHAFT

Unternehmen bewerten konjunkturelle Lage weiterhin positiv

Im ersten Quartal 2007 ist der ZEW-IDI, Stimmungsindikator für den Wirtschaftszweig Dienstleister der Informationsgesellschaft, leicht um 0,5 Punkte gesunken und liegt nun bei einem Wert von 63,8 Punkten. Die Unternehmen des Wirtschaftszweigs beurteilen die Geschäftslage im ersten Quartal 2007 im Vergleich zum vierten Quartal 2006 schlechter. Die Erwartungen für das zweite Quartal 2007 hingegen sind deutlich besser. So ist der Teilindikator, der die Bewertung der Geschäftserwartungen widerspiegelt, im ersten Quartal 2007 um 5,9 Punkte auf 68,5 Punkte gestiegen.

Dies ist Ergebnis einer Konjunkturumfrage bei Dienstleistern der Informationsgesellschaft, die das ZEW in Zusammenarbeit mit dem Verband der Vereine Creditreform, Neuss, im März 2007 durchgeführt hat. Der Teilindikator, der die Einschätzung der aktuellen Geschäftslage der Dienstleister der Informationsgesellschaft widerspiegelt, ist im ersten Quartal 2007 im Vergleich zum Vorquartal um 6,6 Punkte gefallen und liegt jetzt bei 59,4 Punkten. Trotz dieses Rückgangs ist die Stimmung bei den Unternehmen des Wirtschaftszweigs weiterhin positiv. Die Umsatz- und Nachfragesituation wird positiv beurteilt, der Anteil der Unternehmen, der eine positive Einschätzung abgibt, überwiegt den Anteil der Unternehmen, der die Umsatz- und Nachfragesituation negativ beurteilt. Die positive Bewertung der Nachfragesituation tragen insbesondere die technischen Berater und Planer sowie die Architekten. Mehr als

die Hälfte der Unternehmen der Branche technische Beratung und Planung und der Architekten beurteilen die Entwicklung der Nachfrage im ersten Quartal 2007 positiv. Die Unternehmen der Werbebranche bewerten neben der Nachfragesituation auch die Umsatz- und Ertragsituation im ersten Quartal 2007 besser als im vierten Quartal 2006.

Der Teilindikator, der die Bewertung der Geschäftserwartungen widerspiegelt, ist im ersten Quartal 2007 um 5,9 Punkte auf 68,5 Punkte gestiegen. Während im vierten Quartal 2006 nur etwa ein Drittel der Unternehmen des Wirtschaftszweigs mit steigenden Umsätzen und einer steigenden Nachfrage rechnete, erwartet im ersten Quartal 2007 mehr als zwei Fünftel der Unternehmen eine Verbesserung von Umsatz und Nachfrage für das zweite Quartal 2007. Mehr als ein Viertel der Unternehmen des Wirtschaftszweigs rechnet mit steigenden Erträgen für das kommende

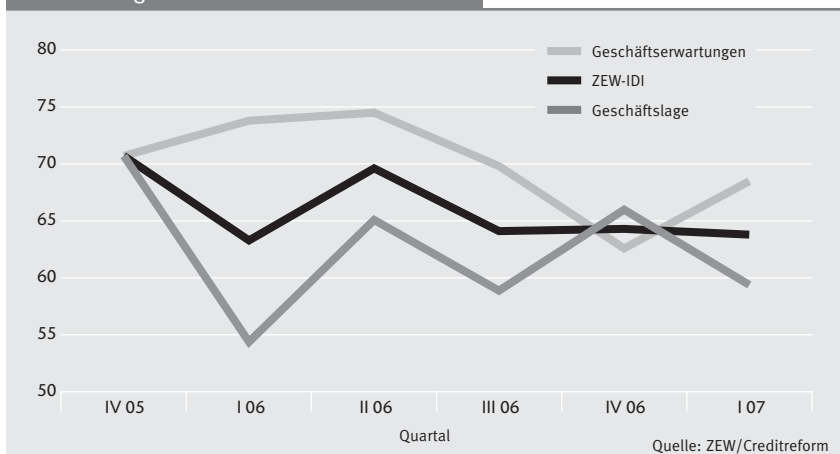
Quartal. Etwa drei Viertel der Steuerberater und Wirtschaftsprüfer gehen für das zweite Quartal 2007 von einer steigenden Nachfrage aus. Auch die Unternehmen der Branche Forschung und Entwicklung blicken optimistisch ins zweite Quartal 2007. Mehr als die Hälfte dieser Unternehmen rechnet mit steigenden Erträgen. Im ersten Quartal 2007 erwartet mehr als die Hälfte der Unternehmensberater für das kommende Quartal steigende Umsätze und Erträge.

Personalsituation

Die Personalsituation hat sich im ersten Quartal 2007 im Vergleich zum vierten Quartal 2006 verschlechtert. Im ersten Quartal 2007 überwiegt der Anteil der Unternehmen, der Personal eingestellt hat, den Anteil der Unternehmen, der Personal entlassen hat, um nur 7,7 Punkte, während dieser Saldo im vierten Quartal 2006 noch bei 22,9 Punkten lag. Bei den ostdeutschen Dienstleistern der Informationsgesellschaft hingegen hat sich die Personalsituation verbessert. Hier überwiegt im ersten Quartal 2007 im Vergleich zum vierten Quartal 2006 der Anteil der Unternehmen, der neues Personal eingestellt hat, den Anteil der Unternehmen, der Personal entlassen hat. Der Saldo liegt bei 0,9 Punkten. Auch die erwarteten Personalbestandsveränderungen der ostdeutschen Dienstleister der Informationsgesellschaft sind positiv. Das erste Mal seit einem Jahr überwiegt bei den ostdeutschen Unternehmen des Wirtschaftszweigs der Anteil der Unternehmen, die planen Personal einzustellen, den Anteil der Unternehmen, die planen Personal zu entlassen. Der Saldo liegt bei 7,8 Punkten. Bei den westdeutschen Unternehmen des Wirtschaftszweigs liegt dieser Saldo bei 10,5 Punkten.

Jenny Meyer, meyer@zew.de

Entwicklung des ZEW-IDI von IV 05 bis I 07



Zusammenhang zwischen „Sozialstaatsmoral“ und dem Wachstum des Wohlfahrtsstaats

Gesellschaftliche Normen beeinflussen individuelle Verhaltensweisen und können zum Teil erklären, warum Menschen sich keineswegs immer nur eigennutzorientiert verhalten. Auch für den Sozialstaat sind soziale Normen, etwa zum ehrlichen Umgang mit staatlichen Transfers, von hoher Bedeutung. Erlangen Praktiken wie Leistungsmissbrauch allgemeine gesellschaftliche Akzeptanz, dann steigen die fiskalischen Kosten von Transfersystemen. In diesem Beitrag werden Niveau, zeitliche Entwicklung und Determinanten der „Sozialstaatsmoral“ im internationalen Vergleich beleuchtet. Dabei finden sich Hinweise, dass der Wohlfahrtsstaat sich in gewissem Sinne selber gefährdet, weil hohe Transferangebote langfristig die Sozialstaatsmoral verringern.

Der „World Value Survey“ (WVS) bietet eine international vergleichende Datenbasis an, um normative Überzeugungen von Menschen quantifizieren zu können. Die Umfragen im Rahmen des WVS wurden konzipiert, um die Werte und Überzeugungen von Menschen in Staaten aller Kontinente auf verschiedenen Feldern zu untersuchen.

Im Rahmen des WVS ist in den meisten Interviews auch eine Frage enthalten, die Hinweise auf die in einem Land geltenden sozialen Normen im Umgang mit staatlichen Sozialleistungen gibt. Diese Frage lautet: „Do you think it can always be justified, never be justified or something in between to claim government/state benefits to which you have no rights“. Für die Antworten wird eine Skala von 1 („never justifiable“) bis 10 („always justifiable“) vorgegeben.

Wertet man diese Datenbasis aus und untersucht, wie sich zwischen

Industriestaaten die normative Bewertung ungerechtfertigter Inanspruchnahme von Sozialleistungen unterscheidet, dann zeigen sich große Unterschiede (s. Abbildung). An der Spitze der Industrieländer im Hinblick auf eine hohe Sozialstaatsmoral (im Sinne einer breiten Ablehnung des ungerechtfertigten Bezugs von Sozialleistungen) stehen Dänemark und die Niederlande, ganz hinten rangiert Griechenland, während Deutschland im vorderen Mittelfeld mit nur geringen Unterschieden zwischen Ost- und Westdeutschland liegt.

„Flexicurity“ durch Normen begünstigt

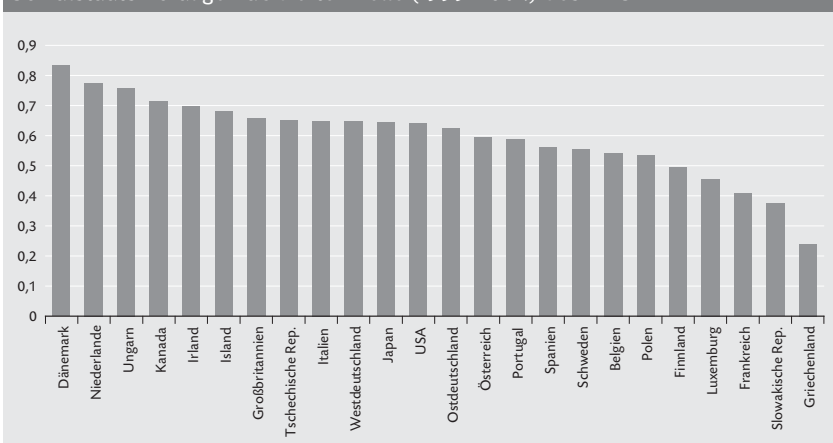
Eine derartige Gesamtschau ist hilfreich, kann sie doch erklären, warum in einem Land wie Dänemark außerordentlich generöse Sicherungssysteme für Arbeitslose funktionieren können,

ohne zu untragbaren fiskalischen Belastungen zu führen. Das bekannte dänische „Flexicurity“-Modell des Arbeitsmarktes – liberales Kündigungsrecht bei hoher Absicherung gegen Arbeitslosigkeit – wird durch soziale Normen begünstigt, die eine sehr negative Bewertung von Sozialstaatsmissbrauch beinhalten. Staaten mit einer geringer ausgeprägten diesbezüglichen Norm wären bei Einführung des Flexicurity-Modells mit höheren Transfers und Kontrollkosten konfrontiert.

Wichtig ist zu verstehen, welche Faktoren die Sozialstaatsmoral beeinflussen. Hier ist zwischen individuellen Faktoren und Ländercharakteristika zu unterscheiden, die im Folgenden ökonomisch in ihrer Beeinflussung der Sozialstaatsmoral untersucht werden. Im Hinblick auf die Einsichten ähnlich gelagerter Forschungsfelder (so die Forschung zur „Steuermoral“ oder die Kriminalitätsforschung) wäre zu erwarten, dass unter anderem folgende individuellen Charakteristika von Bedeutung sein können:

- Geschlecht: Frauen halten explizite rechtliche Regeln und soziale Normen häufiger ein als Männer.
- Alter: Alte Menschen halten Regeln häufiger ein als junge, dies ist etwa ein etablierter Fakt der Kriminalitätsforschung.
- Religion: Weil eine starke Betonung moralischer Gebote fast alle Religionen prägt, ist ein Einfluss der z.B. am Gottesdienstbesuch messbaren Religiosität von Menschen auf die vorhandenen sozialen Normen zu vermuten.
- Familienstand: Verheiratete Menschen sind in ihrem Verhalten und in ihren Reflexionen über die Gültigkeit von Werten stärker durch den Rechtfertigungszwang gegenüber dem Partner restringiert als Alleinstehende und sollten von daher auch eine höhere Sozialstaatsmoral aufweisen.
- Vertrauen: Wie die umfangreiche Sozialkapitalliteratur überzeugend

Sozialstaatsmoral gemäß vierter Welle (1999-2004) des WVS



Berechnungen ZEW: Angegeben wird der Anteil der Befragten, die den ungerechtfertigten Bezug staatlicher Leistungen „niemals“ für zu rechtfertigen halten.

belegt, unterstützt das Vertrauen der Menschen in die Mitmenschen allgemein oder in staatliche Institutionen ein kooperatives Verhalten. Auch dieses Vertrauen wird in Umfragen wie die des WVS erhoben.

- Beschäftigtenstatus: Menschen ohne Beschäftigung dürften eher mit Angeboten des Sozialstaats konfrontiert sein als dies für Beschäftigte gilt. Für sie ist eine hohe Sozialstaatsmoral daher kostspieliger als für Beschäftigte.
- Patriotismus: Menschen, die stolz auf ihr Land sind, sollten eher gewillt sein, die geschriebenen und ungeschriebenen Normen dieses Landes zu akzeptieren als solche, die ihrem Land mit Gleichgültigkeit oder sogar Ablehnung gegenüberstehen.
- Einkommen: Ein steigendes Einkommen impliziert sinkende Chancen, von Transfers zu profitieren, so dass für Menschen mit hohem Einkommen eher eine höhere Sozialstaatsmoral zu erwarten ist.

Unter den Ländercharakteristika, die von Bedeutung sein können, spielt die Historie des jeweiligen Wohlfahrtsstaats eine Rolle. So argumentiert der schwedische Ökonom Assar Lindbeck, dass der Ausbau des Sozialstaats die Menschen an soziale Transfers gewöhne und die Scheu vor der Inanspruchnahme von wohlfahrtsstaatlichen Leistungen bis hin zur nicht gerechtfertigten Inanspruchnahme von Leistungen vermindere. Auf diese Weise laufe Lindbeck zufolge der Sozialstaat Gefahr, seine eigene ökonomische Grundlage zu zerstören.

Im Folgenden werden die diskutierten mikroökonomischen Determinanten und die Relevanz der Lindbeck-Hypothese einer ersten Überprüfung unterzogen. Geschätzt wird folgendes Modell:

$$WM_i = \beta_0 + \beta_1 \Delta SOZIALSTAAT_C + \beta_2 INDIVIDUAL_i + \epsilon_i$$

Die abhängige Variable WM (Wohlfahrtsstaatsmoral) wird hier spezifiziert als 0/1-Variable, bei der die 1 für die WVS-Antwortkategorie „ungerechtfertigte Inanspruchnahme niemals gerechtfertigt“ steht und die 0 für alle anderen Antworten, die im Grunde auf eine Relativierung eines regelkonformen Umgangs mit Sozialleistungen hinauslaufen. Zur Überprüfung der Lindbeck-

Probit Schätzung über WVS-Beobachtungen aus Industriestaaten zwischen 1981 und 2004: Abhängige Variable ist Sozialstaatsmoral

	(1)		(2)	
	Koeffizient	Marginale Effekte	Koeffizient	Marginale Effekte
Konstante	28,0816 ***		46,413 ***	
Alter	-0,0004	-0,0001	-0,0081 ***	-0,003
Geburtsjahr	-0,0142 ***	-0,0054	-0,0233 ***	-0,0086
Weiblich	0,1052 ***	0,0397	0,0994 ***	0,0366
Verheiratet	0,1258 ***	0,0477	0,1257 ***	0,0465
Beschäftigt	0,0303 ***	0,0114	0,092 ***	0,0340
Gottesdienstteilnahme	-0,0030	-0,0011	0,0095 ***	0,0035
Vertrauen ins Parlament	0,0053	0,0020	0,0256 ***	0,0094
Patriotismus	0,1402 ***	0,0529	0,1354 ***	0,0499
Einkommen	0,0171 ***	0,0065	0,0129 ***	0,0048
Δ SOZIALSTAAT			-0,0269 ***	-0,0099
Pseudo R ²	0,0391		0,0495	
Wald χ ²	0,00		0,00	
Anzahl Beobachtungen	83.130		53.529	

***/**/*: Koeffizient signifikant zum Niveau von 1%/5%/10%

Hypothese wird als erklärende Variable die 20-jährige Veränderung der Sozialtransfer-BIP-Quote (ΔSOZIALSTAAT) herangezogen. Außerdem werden die oben diskutierten Individualcharakteristika (INDIVIDUAL) berücksichtigt. Die Subskripte i und C stehen für den individuellen Befragungsteilnehmer und das jeweilige Land.

In Spalte (1) sind zunächst die Resultate für eine Berücksichtigung lediglich der individuellen Charakteristika wiedergegeben. Es bestätigt sich, dass die Sozialstaatsmoral signifikant höher ausfällt, für weiter zurückliegende Geburtsjahrgänge, für Frauen, für Verheiratete, für Beschäftigte, für Menschen mit hohem Einkommen und für Menschen mit ausgeprägtem Patriotismus. In Spalte (2) sind die Resultate enthalten, wenn zusätzlich für jedes Individuum berücksichtigt wird, wie sich in dessen Land die Sozialtransfer-BIP-Quote in den zurückliegenden 20 Jahren („Lindbeck-Variable“) verändert hat.

Lindbeck-Variable signifikant

Die Lindbeck-Variable hat das erwartete negative Vorzeichen und ist signifikant. Die marginalen Effekte zeigen, dass der Effekt der Sozialstaatshistorie nicht gering ist: Der Anstieg der Sozial-

transferquote in den zurückliegenden beiden Jahrzehnten um einen Prozentpunkt erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass heute jemand eine geringe Sozialstaatsmoral an den Tag legt, ebenfalls um ein Prozent. Natürlich sind dies nur erste empirische Hinweise, die in künftiger Forschung weiter zu erhärten sind. So sind hier weitere Ländercharakteristika wie etwa bestimmte institutionelle Merkmale noch unberücksichtigt. Gleichwohl ist feststellbar, dass die Datenlage zumindest nicht im Widerspruch zur Hypothese von Assar Lindbeck stehen, dass ein großzügiger Sozialstaat gerade den sozialen Normen Schaden zufügt, die seine Funktionsfähigkeit sichern. Auch eine Länderfallstudie unterstreicht diese Sorge: So ist in Schweden, dem Land mit einem in der Nachkriegszeit besonders ambitionierten Wohlfahrtsstaat, die Sozialstaatsmoral besonders stark rückläufig: Hielten zu Beginn der Achtziger in der damaligen WVS-Umfrage noch über 80 Prozent der befragten Schweden den ungerechtfertigten Bezug von Sozialleistungen für niemals zu rechtfertigen, ist dieser Wert bis zu Beginn dieses Jahrzehnts auf nur noch 55 Prozent gefallen.

Dr. Friedrich Heinemann,
heinemann@zew.de

Alternative statistische Konzepte zur Erfassung der Arbeitslosigkeit

Die monatlichen Arbeitsmarktzahlen stehen bei ihrer Veröffentlichung im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses: Besondere Aufmerksamkeit erfahren dabei die Gesamtzahl der Arbeitslosen und die amtliche Arbeitslosenquote. Diese Indikatoren unterzeichnen jedoch das tatsächliche Ausmaß der Arbeitslosigkeit, da sie ausschließlich auf die registrierten Arbeitslosen abstellen. Der folgende Beitrag vergleicht alternative Konzepte zur Erfassung der gesamten Arbeitslosigkeit und beschreibt Änderungen bei der Ermittlung der international vergleichbaren Erwerbslosenzahlen.

Die auf der Registrationsmethode beruhenden amtlichen Arbeitslosenzahlen vernachlässigen zum einen diejenigen Personen, die sich nicht arbeitslos melden – etwa weil sie keinen Unterstützungsanspruch haben und auch keine Vermittlung in ein Arbeitsverhältnis erwarten –, die aber in einer besseren Arbeitsmarktsituation wahrscheinlich wieder eine Beschäftigung aufnehmen würden („Stille Reserve“). Zum anderen berücksichtigen sie diejenigen Personen nicht, die aufgrund von arbeitsmarktpolitischen oder anderen sozialpolitischen Maßnahmen nicht als arbeitslos registriert sind („verdeckte Arbeitslosigkeit“).

Statistisch werden diese Gruppen in Deutschland mit verschiedenen Konzepten erfasst: Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit ermittelt Zahlen sowohl für die „Stille Reserve in Maßnahmen“ als auch die „Stille Reserve im engeren Sinne“. Zur „Stillen Reserve in Maßnahmen“ rechnen Personen, die nicht erwerbstätig, aber auch nicht arbeitslos gemeldet sind, und bei denen sich „ein Alternativstatus zur Beschäftigung statistisch nachzeichnen lässt“ (Fuchs/Weber 2005, S. 8). Dies gilt zum Beispiel für Personen, die sich im geförderten Vorruhestand oder in Maßnahmen zur Umschulung und Fortbildung befinden. Die „Stille Reserve im engeren Sinne“ umfasst alle weiteren Personen, die sich wegen geringer Beschäftigungschancen vom Arbeitsmarkt zurückgezogen haben, aber bei entsprechenden Aussichten auf Erfolg wahrscheinlich wieder eine Beschäftigung aufnehmen würden.

Messung der Stillen Reserve

Während die „Stille Reserve in Maßnahmen“ direkt aus Statistiken der Trägerinstitutionen ermittelt wird, kann die „Stille Reserve im engeren Sinne“ nur mit aufwändigeren Verfahren quantifiziert werden: Prinzipiell könnte versucht werden, Personen, die bei einer besseren Arbeitsmarktkonjunktur wieder aktiv ihre Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkt anbieten würden, durch Befragungen zu ermitteln. Antworten auf solche hypothetische Fragen sind aber erfahrungsgemäß wenig verlässlich. Das IAB verwendet aus diesem Grund einen indirekten Ansatz: Zunächst wird ökonomisch geschätzt, wie sich die Erwerbsbeteiligung der Bevölkerung in Abhängigkeit von der Arbeitsmarktkonjunktur verändert. Anschließend wird in die so ermittelte Regressionsgleichung ein hypothetischer Hochkonjunkturwert für die Arbeitsmarktlage eingesetzt und die sich ergebende Erwerbsquote abgelesen. Aus der Differenz zwischen dieser simulierten Erwerbsquote und der tatsächlichen Erwerbsquote kann auf den aktuellen Umfang der stillen Reserve rückgeschlossen werden (vgl. Fuchs/Weber 2005).

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der Gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) berechnet jährlich den Umfang der „verdeckten Arbeitslosigkeit“ und rechnet hierzu die Personen als Teil der Arbeitslosigkeit, „die über staatlich geförderte, arbeitsmarktpolitische Maßnahmen Leistungen erhalten und nicht der Zahl der registrierten Arbeitslosen zugerechnet werden“ (JG 06/07 Anhang IV). Ziel ist es,

all diejenigen zu erfassen, die bei Nichtvorhandensein der entsprechenden Maßnahmen mit hoher Wahrscheinlichkeit als arbeitslos registriert wären. Der SVR unterscheidet hier drei große Gruppen: die subventioniert Beschäftigten, Teilnehmer an Qualifizierungsmaßnahmen sowie Personen im vorzeitigen Ruhestand.

Das Konzept der „verdeckten Arbeitslosigkeit“ weist Überschneidungen mit dem Konzept der „Stillen Reserve in Maßnahmen“ insbesondere im Bereich der Qualifizierungsmaßnahmen auf. Die „verdeckte Arbeitslosigkeit“ ist aber erheblich weiter definiert, weil die subventioniert Beschäftigten als Erwerbstätige in der „Stillen Reserve in Maßnahmen“ grundsätzlich nicht berücksichtigt werden. Ebenfalls nicht in der „Stillen Reserve in Maßnahmen“ enthalten sind die Empfänger von „Altersrente wegen Arbeitslosigkeit“ (zum Detailvergleich siehe die Tabelle). Vor allem aufgrund dieser Unterschiede war die stille Reserve in Maßnahmen mit rund 688.000 Personen im Jahr 2006 nur etwas mehr als halb so groß wie die „verdeckte Arbeitslosigkeit“ in der Definition des SVR (1.275 Mio.). Die „Stille Reserve im engeren Sinne“ beläuft sich für das Jahr 2006 auf rund 742.000 Personen.

Änderung der statistischen Basis bei den Erwerbslosenzahlen

Neben der Untererfassung der tatsächlichen Beschäftigungslosigkeit besteht ein weiteres Problem der Zahlen der registrierten Arbeitslosigkeit darin, dass diese nicht international vergleichbar sind. Ursache sind die heterogenen nationalen Systeme der sozialen Sicherung, die unterschiedliche Voraussetzungen für den Arbeitslosenstatus definieren. Daher werden ergänzende international vergleichbare Daten zu Erwerbslosen nach dem Erwerbstätigenkonzept der International Labour Organisation (ILO) ermittelt, die auf Befragungsergebnissen beruhen.

Danach ist erwerbslos, wer in der Woche, auf die sich die Umfrage bezieht, nicht erwerbstätig war, aber in den letzten vier Wochen vor der Befragung aktiv nach einer Tätigkeit gesucht hat. Auf den zeitlichen Umfang der gesuchten Tätigkeit kommt es nicht an. Dagegen gilt jede Person im erwerbsfähigen Alter als erwerbstätig, die in dem einwöchigen Berichtszeitraum mindestens eine Stunde lang gegen Entgelt oder im Rahmen einer selbstständigen oder mithelfenden Tätigkeit gearbeitet hat. Diese Abgrenzung unterscheidet sich deutlich von der Definition der registrierten Arbeitslosigkeit in Deutschland, wonach mindestens eine Beschäftigung von mehr als 15 Stunden je Woche gesucht werden muss und eine Erwerbstätigkeit mit einem Umfang unter 15 Stunden als Hinzuverdienstmöglichkeit ausgeübt werden kann. (Zu einem ausführlichen Vergleich der Konzepte siehe ZEW Wachstums- und Konjunkturanalysen Okt. 2005, S. 8-9.)

Die monatlichen Erwerbslosenzahlen nach dem ILO-Konzept wurden in Deutschland seit Anfang 2005 auf der Basis einer repräsentativen Telefonerhebung des Statistischen Bundesamtes bei rund 30.000 Personen berechnet. Die Rechtsgrundlage für diese Erhebung lief jedoch im April 2007 aus. Es ist geplant, die monatliche Erwerbslosenstatistik künftig auf der Basis einer monatlichen Zusatzaufbereitung des Mikrozensus, einer 1%-Stichprobe der deutschen Bevölkerung, fortzuführen. Der Mikrozensus wird seit Anfang 2005 als kontinuierliche Erhebung in monatlichen Teilstichproben durchgeführt, so dass jeden Monat eine repräsentative Teilstichprobe vorliegt, die zur Hochrechnung der Erwerbslosenzahlen verwendet werden kann. Allerdings wird ein nahtloser Übergang von der Telefonstichprobe zum Mikrozensus voraussichtlich nicht möglich sein, da die Mikrozensus-Daten insbesondere

geringfügige Beschäftigungsverhältnisse (z.B. von nach ILO-Konzept erwerbstätigen Schülern, Studenten, Hausfrauen und Rentnern) im Vergleich zu den anderen erwerbsstatistischen Datenquellen bislang nicht vollständig abbilden und weitere Vorarbeiten im Statistischen Bundesamt nötig sind, um einen Strukturbruch in der Zeitreihe zu vermeiden. Aus diesem Grund wird derzeit erwogen, die Erwerbslosenzahlen aus der Telefonerhebung für einige Monate fortzuschreiben, bevor die endgültige Umstellung auf den Mikrozensus erfolgt.

Die ILO-Erwerbslosenquoten werden monatlich sowohl von der OECD und Eurostat als auch von der Bundesagentur für Arbeit veröffentlicht. Beide Quoten weichen geringfügig voneinander ab. Grund sind unterschiedliche Datenquellen für die Erwerbstätigen im Nenner der jeweils berechneten Erwerbslosenquote (Erwerbslose in v.H. aller Erwerbspersonen (= Erwerbstätige + Erwerbslose)). Während in die Eurostat-Daten (die auch der OECD zugeliefert werden) die hochgerechneten Daten aus der Telefonstichprobe eingehen, verwendet das Statistische Bundesamt, das die Daten für die Arbeitsagentur liefert, die auf einer sehr viel breiteren statistischen Basis berechnete Gesamtzahl der Erwerbstätigen aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Für April 2007 – das aktuellste verfügbare Datum – weist die OECD eine ILO-kompatible Erwerbslosenquote von 6,7 v.H., die Bundesagentur für Arbeit dagegen 6,4 v.H. aus. Die nach dem ILO-Konzept erhobenen Erwerbslosenquoten sind damit deutlich niedriger als die Quote der registrierten Arbeitslosen in Relation zu allen zivilen Erwerbspersonen (9,2 v.H. im April 2007).¹

*Dr. Peter Westerheide,
westerheide@zew.de*

Literatur:

- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2006), Jahresgutachten 2006/7: Widerstreitende Interessen - Ungenutzte Chancen, Stuttgart.
- Fuchs, J. und B. Weber (2005), Neuschätzung der Stillen Reserve und des Erwerbspersonenpotenzials für Westdeutschland (inkl. Berlin-West), IAB-Forschungsbericht Nr. 15/2005.

¹ Alle Quoten saisonbereinigt.

Vergleich von Stiller Reserve in Maßnahmen (IAB) und verdeckter Arbeitslosigkeit (SVR) für das Jahr 2006

	Stille Reserve in Maßnahmen (IAB)	Verdeckte Arbeitslosigkeit (SVR)
	Anzahl (1.000 Personen)	
Rehabilitanden in beruflfördernden Maßnahmen mit dem Ziel der Wiedereingliederung sowie in Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung	29	–
Arbeitslosengeld wegen verminderter Erwerbsfähigkeit (§ 125 SGB III)	43* (16)	–
Leistungsempfänger, die wegen Minderung ihrer Leistung oder vorübergehend arbeitsunfähig erkrankt sind (§ 126 SGB III)	67* (29)	28
Subventioniert Beschäftigte		
Beschäftigungsschaffende Maßnahmen	–	52
Arbeitsgelegenheiten nach § 16 Abs. 3 SGB II	–	303
Kurzarbeiter (Arbeitslosenäquivalent)	–	35
Qualifizierungsmaßnahmen		
Trainings- und Eignungsfeststellungsmaßnahmen	70	73
Vollzeit-Weiterbildung, Deutschlehrgänge	107	103
Personen im vorzeitigen Ruhestand		
Arbeitslosengeld unter erleichterten Voraussetzungen für über 58-Jährige (§ 428 SGB III)	372* (256)	359
Bezieher von Altersübergangs-/Vorruhestandsgeld	0	
Freistellungsphase Altersteilzeit (nur von der BA geförderte Fälle)	–	
Altersrente wg. Arbeitslosigkeit	–	322
Summe	688	1.275

Quellen: Sachverständigenrat JG 2006/7 (Schätzung vom Nov. 2006 für Gesamtjahr 2006), IAB (Mai 2007), *inkl. IAB-Schätzungen zu SGB II, in Klammern: Zahlen nach SGB III (Abgrenzung vergleichbar mit SVR).

Was zahlt Europa für den Klimaschutz?

Die Europäische Union sieht sich beim Klimaschutz als Vorreiter. Sie plant, den Einsatz klimaschonender Technologien weiter voranzutreiben und den Ausstoß von Treibhausgasen drastisch zu reduzieren. In der öffentlichen Debatte wird aber zunehmend auch das ökonomische Risiko einer unilateralen Klimapolitik – etwa durch sinkende Wettbewerbsfähigkeit – thematisiert. Notwendig ist sicherlich eine gemeinsame, das heißt weltweite Klimapolitik. Die EU muss sich dabei fragen, wie weit sie als Vorreiter im Klimaschutz voranschreiten sollte und welche Kosten dabei entstehen. Der folgende Artikel fasst die wesentlichen Resultate einer ZEW-Studie zusammen. Diese untersucht auf Basis vorhandener Simulationsstudien die gesamtwirtschaftlichen Kosten, die auf eine Klimaschutzregulierung im europäischen Energiemarkt zurückzuführen sind.

Der Verbrauch fossiler Energieträger gehört zu den Hauptursachen des anthropogenen Treibhauseffektes. Die Erzeugung von Strom, die Herstellung industrieller Güter sowie Verkehr und Transport tragen in erheblichem Maß zum Ausstoß von Treibhausgasen bei. Die daraus resultierenden negativen Auswirkungen für das Klima und die Umwelt bezeichnet man als externe Effekte. Sofern diese externen Effekte nicht im Kostenkalkül der Erzeuger und Verbraucher berücksichtigt sind, handelt es sich um ein Marktversagen und kann einen staatlichen Eingriff in den Markt rechtfertigen. Im europäischen Energiemarkt gibt es verschiedene Instrumente, die durch Veränderung der Energiepreise zur Internalisierung der negativen externen Effekte beitragen und Anreize für den Gebrauch energieeffizienter und klimafreundlicher Technologien setzen sollen. Zu den wichtigsten Instrumenten gehören der europäische Emissionshandel, Energiesteuern, Maßnahmen im Verkehrssektor sowie die Förderung von erneuerbaren Energien.

Kosten der Klimapolitik

In diesem Artikel soll es nur um die makroökonomischen Kosten gehen, die durch die Klimapolitik entstehen, eine ökonomische Bewertung der zu erwartenden Schäden durch den Klimawandel wird nicht unternommen.

Die Standardtheorie der optimalen Besteuerung besagt, dass die Besteuerung von Gütern grundsätzlich Verzerrungseffekte nach sich zieht und so zu Wohlfahrtsverlusten führt. Folglich

verursacht ein durch Steuererhöhung herbeigeführter Rückgang der Energienachfrage zunächst Wohlfahrtsverluste. Die Höhe der Verluste hängt zum einen von der Preiserhöhung und zum anderen von der Elastizität der Nachfrage ab. Je geringer die Nachfrageelastizität umso geringer sind auch die Verzerrungseffekte. Somit können Steuern auf Güter mit unelastischer Nachfrage wie zum Beispiel Strom auch positive ökonomische Auswirkungen haben, wenn sie verzerrende Steuern auf Güter mit elastischer Nachfrage ersetzen. Dieser Effekt wird als „Doppelte Dividende“ bezeichnet. Als Steuern mit erheblich verzerrender Wirkung gelten beispielsweise Lohnsteuern. Die verschiedenen Regulierungsinstrumente – also Steuern, Standards, Zertifikate – führen aufgrund ihrer stärkeren oder schwächeren Flexibilität zu unterschiedlich starken Effizienzverlusten. Diese werden in den Simulationsstudien thematisiert, wie wir im Folgenden sehen werden.

Im Vergleich zu Arbeits- und Kapitalkosten spielen Energiekosten in den meisten Unternehmen eine untergeordnete Rolle und sind selten der Grund für Standortverlagerungen. Grundsätzlich aber steigen mit den Energiepreisen die Produktionskosten in den Unternehmen. Dies kann die inländische und ausländische Nachfrage nach Produkten und Dienstleistungen mindern und Wettbewerbsnachteile verursachen, vor allem für Unternehmen, die nur begrenzt Möglichkeiten zu Energieeinsparungen haben und sich im internationalen Wettbewerb befinden. Oft wird argumentiert, höhere Energieprei-

se könnten auch positive Auswirkungen haben, wenn sie zur Entwicklung und Einführung neuer energieeffizienter Technologien beitragen und dadurch Wettbewerbsvorteile gegenüber der Konkurrenz schaffen. Diese unter der „Porter-Hypothese“ zusammengefassten positiven Effekte für die Gesamtwirtschaft durch technologischen Wandel sind jedoch umstritten und werden in den meisten Simulationsstudien nicht berücksichtigt.

Ergebnisse der Simulationsstudien

Unsere Analyse basiert auf gesamtwirtschaftlichen Simulationsstudien, die untersuchen, welche Folgen die Einführung der oben genannten Klimaschutzinstrumente auf die wirtschaftliche Entwicklung der EU hat. Der Fokus liegt auf allgemeinen Gleichgewichtsmodellen und makroökonomischen Modellen. Beide Modelltypen sind in der Lage, sowohl die direkten als auch die indirekten Auswirkungen auf die Gesamtwirtschaft zu quantifizieren. Zumeist werden die Auswirkungen als Veränderung des gemeinschaftlichen Bruttoinlandsprodukts (BIP), der Beschäftigung, der Wohlfahrt oder des Exports ausgewiesen. Das Referenzszenario ist immer jene Entwicklung, die ohne die Einführung der klimapolitischen Maßnahme stattgefunden hätte. Die ausgewiesenen Kosten, zum Beispiel in Form eines geringeren BIP, können damit als Preis für die Verbesserung der Umwelt und des Klimas interpretiert werden, die durch diese Maßnahme erreicht wurde. Im Folgenden werden die Ergebnisse der Simulationsstudien für die wichtigsten Politikinstrumente im Klima- und Energiebereich zusammengefasst: den Emissionshandel, die Energiesteuern, die Regulierung im Transportsektor und die Förderung erneuerbarer Energien.

Der Emissionshandel wurde Anfang 2005 in allen europäischen Mitgliedsstaaten eingeführt. Er legt für die energieintensive Industrie Höchstmengen an CO₂-Emissionen fest und erlaubt durch den Handel von CO₂-Zertifikaten

die kostenminimale Erfüllung der Höchstmengen. Die anfängliche Zuteilung der Zertifikate liegt bei den Mitgliedstaaten. Sie müssen sich festlegen, welche Anteile an der Emissionsminderung der Emissionshandelssektor und die verbleibenden Nichthandelssektoren jeweils leisten müssen. Den meisten untersuchten Studien zufolge wird das jährliche BIP durch den Emissionshandel leicht reduziert. Im Jahr 2010 sinkt es um rund 0,4 v.H. gegenüber der sonst erwarteten Entwicklung. Der Export sinkt um rund 0,5 v.H. Das im Kyoto-Protokoll festgelegte Emissionsreduktionsziel der EU wird in allen Studien erreicht. Ausschlaggebend für die Höhe der Kosten ist, wie die verbleibende inländische Emissionsreduktion zwischen dem Emissionshandelssektor und den Nichthandelssektoren aufgeteilt wird. Die Kosten sind am geringsten, wenn die flexiblen Mechanismen¹ unbegrenzt eingesetzt werden können und die inländische Emissionsreduktion optimal entsprechend den Grenzvermeidungskosten zwischen den Sektoren aufgeteilt wird.

Energiesteuern gibt es in allen Mitgliedstaaten. Typischerweise werden Strom, Heiz- und Kraftstoffe besteuert, wobei die Höhe der Steuersätze zwischen den Ländern erheblich variiert. Auf europäischer Ebene wurde im Jahr 2003 eine Richtlinie zur Harmonisierung der Energiebesteuerung in der EU verabschiedet, welche Mindeststeuersätze für alle Energieträger vorschreibt. Im Vergleich zu vielen national geltenden Energiesteuersätzen sind die Mindeststeuersätze jedoch eher gering. Zudem sieht die Richtlinie zahlreiche zum Teil staatspezifische Übergangs- und Ausnahmeregelungen vor. Für die wirtschaftliche Entwicklung ist daher, vor allem in der EU 15, die nationale Energiebesteuerung entscheidend. Unsere Analyse schließt deswegen Simulationen nationaler Energiesteuern und der europäischen Energiesteuerrichtlinie ein. In den Szenarien kann das BIP durch nationale Energiebesteuerung sowohl sinken als auch steigen. Entscheidend sind hierbei vor allem die

Höhe der Steuersätze und damit die erreichte Emissionsreduktion sowie die bestehenden Steuerermäßigungen und die Verwendung der Einnahmen. Studien, die beispielsweise eine CO₂-Reduktion von rund 3 v.H. sowie Steuerermäßigungen für energieintensive Branchen und die Rückverteilung der Einnahmen über eine Senkung der Lohnnebenkosten annehmen, weisen für 2010 eine Erhöhung des BIP zwischen 0 und 0,1 v.H. aus. Der Export sinkt im gleichen Jahr um 0 bis 0,1 v.H. In diesen Fällen kann also die Verringerung der ausländischen Nachfrage durch niedrigere Arbeitskosten kompensiert werden.

Die Studien zur EU-Energiesteuer-richtlinie zeigen, dass diese kaum Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung der EU hat. Die Reduktion der CO₂-Emissionen ist jedoch mit rund 0,5 v.H. ebenfalls vergleichsweise gering.

Neben der Besteuerung der Treibstoffe gibt es im Verkehrs- und Transportsektor auf nationaler oder europäischer Ebene noch eine Reihe anderer preisbeeinflussender Maßnahmen. Dazu gehören zum Beispiel Effizienzstandards oder Straßennutzungsgebühren. Die Auswertung der Simulationsstudien zu nationalen und europäischen Maßnahmen ergibt ein ähnliches Bild wie die Energiebesteuerung. Für die gesamtwirtschaftlichen Kosten sind hauptsächlich die Höhe der Abgaben, die damit verbundenen Emissionsreduktionen und die Verwendung der Einnahmen ausschlaggebend. Insgesamt erscheinen die Maßnahmen zur Emissionsreduktion im Verkehrs- und Transportsektor relativ teuer. So würde beispielsweise das gemeinschaftliche BIP in Folge einer Straßennutzungsgebühr, die die CO₂-Emissionen um 1,8 v.H. reduziert und deren Einnahmen für eine Senkung der Lohnkosten verwendet werden, um rund 1,8 v.H. sinken.

Die im Jahr 2001 eingeführte EU-Richtlinie zur Förderung erneuerbarer Energien sieht vor, dass bis zum Jahr 2010 rund 22 v.H. des Gesamtstromverbrauchs aus erneuerbaren Energieträgern erzeugt werden soll. Das längerfristige Ziel lautet, dass die erneuerbaren Energien bis 2020 einen Anteil von 20 v.H. am Primärenergiever-

brauch haben sollen, was in etwa einem Anteil von 30 v.H. am Gesamtstromverbrauch entspricht. Es bleibt dabei den Mitgliedstaaten überlassen, wie sie die Zielvorgaben erreichen wollen. Die beiden vorherrschenden Förderinstrumente für erneuerbare Energien sind Einspeisevergütungen und Quoten mit Zertifikatehandel. Einige Simulationsstudien zeigen in der Tat, dass die Förderung kurzfristig positive Effekte auf Wachstum und Beschäftigung hat. Langfristig überwiegen jedoch die höheren Erzeugungskosten bei den erneuerbaren Energien und die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen sind negativ. Die Steigerung des Anteils an erneuerbaren Energien auf 30 v.H. des Gesamtstromverbrauchs bis 2020 führt zu BIP Verlusten zwischen 0,2 und 0,8 v.H. Der Export sinkt um rund 0,3 v.H., die Beschäftigung um rund 0,2 v.H.

Implikationen für die Klimapolitik

Unsere Analyse zeigt, dass die gegenwärtige Klimapolitik Kosten verursacht und die Wirtschaft in Europa beeinflusst. Aus gesamtwirtschaftlicher Sicht sind die Auswirkungen jedoch gering. Die meisten Studien weisen Verluste deutlich unter 1 v.H. des gemeinschaftlichen BIP aus, einige zeigen sogar positive Effekte, die auf Steuerentlastungen in anderen Bereichen zurückzuführen sind. Für die zukünftige Klimapolitik ist anzumerken, dass größere ökonomische Kosten entstehen können, wenn ambitioniertere Klimaziele angestrebt werden. Simulationen mit Alternativszenarien zeigen, dass die gesamtwirtschaftlichen Kosten deutlich höher sind, wenn mit den vorhandenen Instrumenten drastische Emissionsreduktionen erreicht werden sollen. Je ambitionierter die Minderungsziele, desto wichtiger wird die effiziente Ausgestaltung und Umsetzung der klimapolitischen Maßnahmen, um die wirtschaftliche Entwicklung in der Europäischen Union nicht unnötig zu bremsen.

Astrid Dannenberg, dannenberg@zew.de

Literatur:

- Dannenberg, A., T. Mennel und U. Moslener (2007), What does Europe Pay for Clean Energy? - A Review of Macroeconomic Simulation Studies, ZEW Discussion Paper No. 07-019.

¹ Flexible Mechanismen erlauben den Emittenten, durch Investitionen in Klima- und Umweltschutzprojekte in anderen Industrie- und Entwicklungsländern Zertifikate zu generieren.

Der erweiterte Euroraum: Slowenien

Mit Slowenien ist am 1. Januar 2007 das erste Land der Staaten in das Eurogebiet aufgenommen worden, die am 1. Mai 2004 der EU beigetreten waren. Dies war der frühest mögliche Zeitpunkt, zu dem ein Land die Konvergenzkriterien für einen EWU-Beitritt erfüllen konnte. Die reibungslose Umstellung auf den Euro ist auch für weitere EWU-Kandidaten ermutigend.

Nachdem die Europäische Kommission und die Europäische Zentralbank am 16. Mai 2006 ihre Konvergenzberichte über Slowenien veröffentlicht und die Erfüllung der Konvergenzkriterien konstatiert hatten, hat der Rat der EU am 11. Juli 2006 beschlossen, dass Slowenien am 1. Januar 2007 dem Eurogebiet beitreten darf. Diese Entscheidung stützte sich sowohl auf die Erfüllung der Konvergenzkriterien als auch auf die Einschätzung, dass der Konvergenzprozess dauerhaft sein wird. Neben der wirtschaftlichen Konvergenz war auch die rechtliche Konvergenz gegeben, die sicherstellt, dass die Gesetzgebung, die die Slowenische Zentralbank betrifft, mit dem EG-Vertrag und der Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken vereinbar ist.

Die Auswirkungen der Aufnahme der slowenischen Volkswirtschaft auf die Wirtschaft des Eurogebiets können als sehr begrenzt eingeschätzt werden. Zwar befindet sich Slowenien in einem Aufholprozess, der sich nicht zuletzt in deutlich höheren Zuwachsraten des Bruttoinlandsprodukts (BIP) als im EWU-Durchschnitt niederschlägt. Allerdings liegt Slowenien mit einem BIP pro Kopf in Kaufkräfteinheiten von 76 v.H. des Eurogebietsdurchschnitts im Jahr 2005 an der Spitze der neuen Mitgliedstaaten. Mit etwas über zwei Millionen Einwohnern beträgt der Anteil der slowenischen Bevölkerung an der des Eu-

rogebietes lediglich 0,6 v.H. Durch den Beitritt erhöht sich das BIP im Eurogebiet nur um 0,3 v.H. Allein die Offenheit des Eurogebietes wird etwas deutlicher verändert. Zwar ist Slowenien eine sehr offene Volkswirtschaft, jedoch unterhält sie vor allem Handelsbeziehungen mit den anderen EWU-Ländern. Daher sinkt der Grad der Offenheit der EWU gegenüber Staaten außerhalb des Währungsraums für die Exporte um 0,1 Prozentpunkte auf 20,2 v.H. und für die Importe um 0,2 Prozentpunkte auf 19,1 v.H.

Die größten Auswirkungen werden daher in Slowenien selbst zu verzeichnen sein. Slowenien gehört zwar zum Eurogebiet, aber die Verwirklichung eines einheitlichen Binnenmarktes ist vor allem im Bereich der Freizügigkeit von Arbeitnehmern weiterhin eingeschränkt. Neben Effizienzgründen ist Arbeitsmobilität auch für das Funktionieren der Währungsunion vorteilhaft. Die Wanderung von Arbeitnehmern ist ein Weg, um regional wirkende ökonomische Schocks ausgleichen zu helfen.

Als letzte Stufe im Beitrittsprozess hat der Umtausch der Währungen stattgefunden. Das Umtauschverhältnis von einem Euro zu 239,640 slowenischen Tolar ist der gleiche Kurs, der der Teilnahme der slowenischen Währung am Wechselkursmechanismus WKM II zugrunde lag. Der Austausch der Währungen war im Wesentlichen nach 14 Tagen

abgeschlossen. Mittlerweile ist der kostenlose Umtausch von Tolar in Euro nur noch bei der Slowenischen Zentralbank möglich. Zur Erleichterung der Umstellung wurden seit 1. März 2006 die Preise für die meisten Produkte sowohl in Tolar als auch in Euro ausgezeichnet. Diese gesetzliche Regelung sollte die Konsumenten auf die Umstellung vorbereiten und die Vergleichbarkeit der Preise sicherstellen, nicht zuletzt, um einen Inflationsschub mit der Euroeinführung zu vermeiden. In der Tat zeichnet sich bisher kein Inflationsschub ab. So lag die Inflationsrate gemessen am Harmonisierten Verbraucherpreisindex im März 2007 bei 2,6 v.H. im Vergleich zu 3,0 v.H. im Dezember 2006. Auch in der Wahrnehmung der Bevölkerung hat sich die Inflationsrate durch die Euromstellung kaum beschleunigt. Allerdings hat seit Mitte 2006 ein steigender Anteil der Konsumenten mit einer Zunahme der Inflation gerechnet, der jedoch im Januar 2007 wieder auf das Niveau von Anfang 2006 gefallen ist (Business and Consumer survey der EU-Kommission).

Die gute Aufnahme des Euro in Slowenien wurde nicht zuletzt durch folgende zwei Umstände begünstigt. Zum ersten rechnete die Bevölkerung nicht nur durch die doppelte Preisauszeichnung bereits seit längerem in Euro, sondern besaß auch schon Euro-Bargeld und Euro-Geldanlagen. In diesem Sinn war der Euro schon vor der Einführung als Bargeld Referenzpunkt. Zum zweiten ist der Euro keine neue Währung mehr, sondern hat sich in der Eurozone seit dem Jahr 1999 und als Bargeld seit dem Jahr 2002 bewährt.

Dr. Katrin Ullrich, ullrich@zew.de

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

IMPRESSUM

ZEW Wachstums- und Konjunkturanalysen, erscheint vierteljährlich.

Herausgeber: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim · L 7, 1 · 68161 Mannheim
Postanschrift: Postfach 10 34 43 · 68034 Mannheim · Internet: www.zew.de, www.zew.eu
Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz (Präsident)

Redaktion: Marcus Kappler, Telefon 0621/1235-157, Telefax 0621/1235-223, E-Mail: kappler@zew.de
Dr. Friedrich Heinemann, Telefon 0621/1235-149, Telefax 0621/1235-223, E-Mail: heinemann@zew.de
Steffen Osterloh, Telefon 0621/1235-165, Telefax 0621/1235-223, E-Mail: osterloh@zew.de
Dr. Katrin Ullrich, Telefon 0621/1235-145, Telefax 0621/1235-223, E-Mail: ullrich@zew.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars
© Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW), Mannheim, 2007